



Referat Soziales Sozialbrief 4-2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Computer und Handy sind auch bei älteren Personen mittlerweile ein fester Bestandteil ihres Lebens. Deshalb ist dieses Thema der Schwerpunkt der neuen Ausgabe.

Außerdem beinhaltet der Sozialbrief 4-2015 folgende Themen: Probleme bei Seniorenkrediten, ein Hinweis auf eine neue Sicherheitsbroschüre und Informationen über Telefonbetrüger. Zum Schluss möchte diese Ausgabe Sie noch auf eine Kubareise hinweisen, die sowohl für Lehrkräfte i. R. als auch für Aktive sehr interessant sein dürfte.

Nun hoffen wir, dass dieser neue Sozialbrief Ihnen gefällt und die vorliegenden Infos für Sie hilfreich sind. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Mit kollegialen Grüßen

lhr

Max Schindlbeck Landessozialreferent

1. Gesundheitsmanagement: App oder Arzt

Ein Ziehen hier, ein komischer Hautausschlag da, kurzzeitige Sehstörungen und hartnäckiger Husten: Bevor Senioren zum Arzt gehen, suchen viele eine Diagnose im Internet. Ob am heimischen PC oder per Smartphone-App, kann das Netz durchaus Vorabinformationen zu den Beschwerden bieten. Ob es sich am Ende um ein harmloses Zipperlein oder den Vorboten einer schwerwiegenden Erkrankung handelt, muss aber ein Arzt aus Fleisch und Blut entscheiden. Wer sich nur auf Selbstdiagnose und Selbstmedikation verlässt, lebt gefährlich.

Das Internet bietet mittlerweile zahlreiche Helfer rund um die Gesundheit. Zum Beispiel die "APP zum ARZT" des Burda Verlages: Sie versteht sich ausdrücklich als Ergänzung zum Arztbesuch und dient mehr als Gesundheitsmanager denn als Diagnosetool. Sie erinnert an kostenfreie Arztleistungen und sorgt dafür, dass man zum Beispiel keinen Kassenbonus mehr verpasst. "APP zum ARZT" beinhaltet die gesetzlich empfohlenen Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen zu 13 Krankheiten – von Herz-Kreislauf-Erkrankung bis Gebärmutterhalskrebs, 13 Impfungen – von Hepatitis bis FSME sowie alle Zahnarztleistungen und U-Untersuchungen für Kinder und Jugendliche. Die App eignet sich damit für die ganze Familie. Erstmals ist es nun ganz einfach, die Präventionsmöglichkeiten der gesetzlichen Krankenkassen in einem Tool zu koordinieren. Mit den Gesundheitschecks zu Darmkrebs, Herzinfarkt und Schlaganfall lässt sich außerdem das individuelle Risiko zu diesen Erkrankungen feststellen, aber wohlgemerkt nicht diagnostizieren.

Eines der ältesten Angebote ist "netdoktor.de" des Holtzbrinck Verlages. Das Portal ist seit 1999 eine der besucherstärksten Gesundheitsplattformen im deutschen Internet. Medizinjournalisten und Ärzte stehen





dort für eine hohe Qualität und Aktualität der medizinischen Beiträge und eine unabhängige Berichterstattung. Netdoktor versteht sich ebenfalls als Informationsmedium und bietet keine Ferndiagnosen oder Ähnliches.

Der Arzt für Schamhafte

Einen Schritt weiter geht das in England gegründete Internetportal DrEd.com, auf dem Ratsuchende tatsächlich die virtuelle Sprechstunde bei echten Ärzten aufsuchen können. Nach dem Arztgespräch, das telefonisch, per E-Mail oder per Videochat stattfindet, verschreibt der Onlinearzt sogar das passende Medikament und schickt es über eine deutsche Versandapotheke nach Hause. Zwischen neun und 49 Euro kostet der digitale Arztbesuch, der natürlich nur bei Fällen funktioniert, die ohne körperliche Untersuchung auskommen. Sehr oft werden die Dienste von Menschen in Anspruch genommen, deren Schamgefühl sie von einem echten Arztbesuch abhält, etwa bei Geschlechtskrankheiten, Impotenz oder Haarausfall.

Den "richtigen" Arztbesuch ersetzt das alles im Ernstfall aber nicht, und das ist auch gut so, denn es gibt durchaus Apps, die sogar gefährlich sein können. Apps zur Erkennung von Hautkrebs zum Beispiel: Mit ihnen fotografiert der Nutzer eine Hautveränderung, die App vergleicht das Bild mit einer Datenbank. Die Fehlerquote ist von App zu App sehr unterschiedlich. Wissenschaftler der University of Pittsburgh haben 2013 einige Apps getestet und festgestellt, dass die beste App im Test in 98,1 Prozent der Fälle richtig lag, die schlechteste App aber nur bei 6,8 Prozent. Der Nutzer weiß in der Regel nicht, ob seine App "gut" oder "schlecht" ist. Fehldiagnosen und deren Folgen sind damit vorprogrammiert: Was, wenn die App ein Melanom als "harmlos" klassifiziert oder eine harmlose Veränderung als tödlichen Krebs? Ein Facharzt mit entsprechender Ausrüstung erkennt Melanome in rund 90 Prozent der Fälle und ist im Verdachtsfall immer die bessere Wahl. Überhaupt stehen Ärzte der Fülle von Gesundheits-Apps mit gemischten Gefühlen gegenüber.

Tipp oder Diagnose?

Grundsätzlich unterscheiden sie zwischen "Medical Apps" und "Health Apps". Erstere unterliegen dem Medizinproduktgesetz und werden nach EU-Normen auf Sicherheit und Leistungsfähigkeit geprüft. Mit ihnen kann man zum Beispiel den Blutdruck oder den Blutzuckerspiegel messen, und ihre Daten können vom behandelnden Arzt direkt zum Erkennen und Behandeln von Krankheiten genutzt werden. Health Apps dagegen unterliegen keiner Prüfung und eignen sich eher als Tippgeber für Fitness, Ernährung, und Gesundheitsvorsorge.

Der Arzt aber bleibt die wichtigste Schnittstelle zwischen App und Patient. Dieser Auffassung ist auch Dr. med. Markus Müschenich, Kinderarzt, Gesundheitswissenschaftler und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Internetmedizin. Im Rheinischen Ärzteblatt vom März 2015 schrieb der Experte, dass die Internetmedizin das Potenzial habe, eine Verbesserung der medizinischen Versorgung zu bewirken: "Sie stellt dem Patienten Werkzeuge zur Verfügung, mit deren Hilfe er sich aktiv in den Versorgungsprozess einbringen kann – von der Prävention über die Diagnosestellung bis hin zur Verbesserung oder Beschleunigung des Therapieverlaufs."

Die App in der Therapie

Damit meint Müschenich keine Health Apps, die jedem alles empfehlen, sondern ärztlich verschriebene und vor allem betreute Medical Apps, die aktiv in der Therapie eingesetzt werden können. Der Arzt bemängelt allerdings, dass diese medizinischen Apps und internetbasierte Therapiemöglichkeiten noch nicht den Stellenwert von konventionellen Therapien besitzen. "Dies spiegelt sich insbesondere in der Tatsache wider, dass Ärzte keine Internettherapien verschreiben dürfen. Insofern stehen wir in Sachen Internetmedizin noch dort, wo wir vor 20 Jahren standen, als die ersten Mobiltelefone alltagstauglich wurden. Das Handy hat unsere Kommunikation insgesamt grundlegend umgestaltet, in vergleichbarem Ausmaß dürfte das Internet nun in der Medizin an Bedeutung gewinnen. Für mich steht fest, dass Internetmedizin in der Hand von Ärzten das größte Verbesserungspotenzial in unserem Gesundheitswesen bieten kann. In der Ärzteschaft hat eine Debatte darüber begonnen."



Elektronische Gesundheit ist ein rasant wachsender Milliardenmarkt. Der EU-Kommission zufolge, die im April 2014 eine öffentliche Konsultation zum Thema "Mobile-Health-Dienste" durchgeführt hat, gibt es auf verschiedenen Plattformen wie iTunes, Google Play, Windows Marketplace oder BlackBerry World fast 100.000 mobile Gesundheits-Apps. Die 20 am weitesten verbreiteten Sport-, Fitness- und Gesundheits-Apps sind bis dahin weltweit schon 231 Millionen Mal heruntergeladen worden. Die EU-Kommission prognostiziert, dass bis 2017 rund 3,4 Milliarden Menschen weltweit ein Smartphone besitzen werden, und jeder Zweite von ihnen mobile Gesundheits-Apps nutzen wird. Bei voller Ausschöpfung ihres Potenzials könnten Mobile-Health-Dienste Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen in Höhe von 99 Milliarden Euro bewirken.

Neelie Kroos, von 2010 bis 2014 EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, erklärte dazu: "Durch die mobile Gesundheitsversorgung werden weniger teure Krankenhausaufenthalte erforderlich, und die Bürgerinnen und Bürger können ihre Gesundheit leichter selbst in die Hand nehmen. Sie wird auch dazu beitragen, den Schwerpunkt von der Behandlung auf die Vorbeugung zu verlagern. Ich persönlich trage ein Fitnessarmband am Handgelenk, um zu messen, wie aktiv ich jeden Tag bin."

Die klare Botschaft lautet also: Nutzen Sie ruhigen Gewissens Medizin-Apps – und fragen Sie zu Risiken und Nebenwirkungen auf jeden Fall Ihren Arzt oder Apotheker. Die entscheidende Instanz sollte aber immer noch der Arzt bleiben.

Jan Brenner

2. Apps und Datensicherheit

Google, Facebook, Apple oder Microsoft: Sie alle machen die Welt mit ihren Entwicklungen besser, leichter, lebenswerter und schöner – behaupten sie. In manchen Bereichen stimmt das sogar: Es war zum Beispiel nie einfacher, mit entfernt lebenden Angehörigen oder Freunden in Kontakt zu sein. Kostete ein Überseegespräch in den 70er-Jahren noch ein kleines Vermögen, kann heute jeder mit jedem in Verbindung bleiben, in Farbe, Stereo und rund um die Uhr. Auch alltägliche Dinge wie Einkaufen, Banking oder Buchungen wurden innerhalb kürzester Zeit revolutioniert. Das kostet zwar wenig Geld, aber mit Sicherheit Ihre persönlichen Daten. Wenn Sie es zulassen ...

Die Daten, die bei einer Volkszählung oder der heftig diskutierten Vorratsdatenspeicherung erhoben werden, sind ein Witz gegen das, was Computernutzer Tag für Tag von sich preisgeben. Einige Daten geben wir freiwillig her, schließlich muss uns ein bestelltes Paket auch erreichen. Die meisten Daten aber werden uns regelrecht gestohlen, und oft merken wir es gar nicht und wundern uns vielleicht über Werbung von Firmen, deren Name nie an unser Ohr drang. Schuld daran sind oft Apps, die ein unliebsames Eigenleben führen und ohne Wissen ihrer Nutzer jede Menge persönlicher Daten in die Weiten des Internets pusten, vom Standort bis zur E-Mail-Adresse. Forscher des Fraunhofer-Instituts für Angewandte und Integrierte Sicherheit (AISEC) haben Mitte 2014 10.000 der beliebtesten Android-Apps getestet und zum Teil gravierende Sicherheitslücken und Datenschutzverletzungen aufgedeckt. "Android als Betriebssystem ist auf dem Vormarsch, und es gibt bereits heute fast eine Million Android-Apps, Tendenz rapide steigend", diagnostiziert Dr. Julian Schütte, Projektleiter für Mobile Sicherheit am Fraunhofer AISEC. Mit einer selbst entwickelten Software haben sich Schütte und sein Team ans Werk gemacht und Apps analysiert. Ihre Ergebnisse sind alarmierend.

Großes "Sendungsbewusstsein"

Gut 90 Prozent der getesteten Apps verlangten eine Berechtigung für den Aufbau einer Internetverbindung. Nutzer müssen dem zustimmen, damit die App funktioniert, wissen aber letztlich nicht, wozu die Verbindung genau genutzt wird. Als weit kritischer für den Nutzer betrachten die Forscher die Tatsache, dass ein Großteil der Apps diese Verbindungen verwendet, um gleich beim Start ungefragt persönliche Daten zu verschicken. Insgesamt stellte der Test Datenübertragungen an 4.358 Server in der ganzen Welt fest – ohne Wissen und Zutun des Nutzers. Zwar ist die Verbindung zum Internet für viele Apps notwendig, für den Betrieb einer Taschenlampen-App ist sie jedoch zweifelhaft. Weiter stellten die Techniker fest,



dass rund 7.000 Apps (69 Prozent) unverschlüsselt mit der Außenwelt kommunizieren. 448 Apps sendeten eindeutige persönliche Daten wie die IMEI (das ist die Kennnummer eines Mobiltelefons) an Server im Netz. Der Nutzer hat in den wenigsten Fällen Einflussmöglichkeiten. So starten 1.732 Apps direkt beim Start des Geräts und agieren permanent im Hintergrund ohne, dass man sie aufgerufen hätte. Ebenfalls signifikant ist mit fast 50 Prozent (4.917) die hohe Anzahl der Apps, die den Aufenthaltsort des Gerätes bestimmen können. 3.930 lesen zudem den Gerätestatus aus.

Damit nicht genug, denn die Sicherheit des Nutzers wird zudem durch unzureichend programmierte Apps bedroht. "So gibt ein gutes Viertel (26 Prozent) der Apps zwar vor, eine sichere Verbindung zum Internet aufzubauen, schaltet aber die Prüfung des Serverzertifikats explizit ab, sodass die Verbindung leicht angreifbar ist", erklärt der Datenfachmann.

Selbstschutz bedeutet Verzicht

Was können Nutzer tun, wenn sie am digitalen Leben teilnehmen wollen, ohne zu viele Daten über sich preisgeben zu müssen? Der beste Weg ist Verzicht: Wer sich vor der Installation einer App oder eines Programms die Frage stellt, ob die Anwendungen wirklich sinnvoll oder nötig sind, schont nicht nur die Rechenleistung seines Tablets, Smartphones oder Computers, sondern auch sein Datengewissen. Vor allem kostenlose Apps werden nicht aus reinem Altruismus entwickelt. Gerade hier sind die Programmierer auf Datenströme aus, die sich zu Geld machen lassen. Konzerne scheffeln mittlerweile Milliarden nur mit Nutzerdaten. Manchmal ist es daher besser, auf eine seriös programmierte kostenpflichtige App zu setzen, auf deren Datenschutzbeteuerungen man sich unter Umständen sogar verlassen kann, statt kostenlose digitale "Ramschware" zu verwenden. Weiter sind streng überprüfte digitale Biotope oder wenig verbreitete Systeme meist datensicherer als offene Systeme, auf denen jeder Programmierer machen kann, was er will. Linux, Ubuntu oder Open Os mögen als Computerbetriebssysteme zwar nicht die Multi- und Social-Media-Knaller sein, stabil und relativ sicher sind sie aber auf jeden Fall. Ihre Bedienung erfordert allerdings etwas mehr Fachwissen. Der Computergigant Apple dient zwar ebenfalls nicht nur dem hehren Zweck, die Menschheit vor der bösen Datenwelt zu beschützen, gilt aber bislang als relativ sicherer für Angriffe von außen als andere kommerzielle Systeme. In sein App-Kaufhaus kommen nur geprüfte Programme. Dafür müssen Apple-Fans für ihre Geräte aber auch tiefer in die Tasche greifen als zum Beispiel Microsoft-Nutzer.

Selbst aktiv werden

Facebook und Google sind aus dem digitalen Leben vieler Menschen nicht mehr wegzudenken. Viele Nutzer sind sich aber gar nicht darüber bewusst, dass sie die Anwendungen nutzen können, ohne gleich alles Persönliche in die Weiten des Internets zu entlassen, denn beide Anwendungen bieten Möglichkeiten, die Accounts sicherer zu machen, indem man einfach den Datenhahn so weit wie möglich zudreht. Wer zum Beispiel Facebook auf dem Mobiltelefon installiert und alle Einstellungen lässt, wie sie "ab Werk" sind, spielt der Datensammelwut des Zuckerberg-Konzerns in die Hände und akzeptiert, was auch immer in den seitenlangen AGB steht. Dabei gibt es in Facebook Unmengen persönlicher Einstellungen, deren mühsames Abarbeiten sich lohnt: Nutzer können Facebook und angeschlossenen Dritten über in der App zu setzende Häkchen so ziemlich alles verbieten, was sie täten, nutzte man die Möglichkeit nicht. Das beginnt bei Einstellungen, wer im Internet die eigenen Aktivitäten sehen darf und endet noch lange nicht bei Einschränkungen für Werbung.

Ähnlich Google: Wer einen Google Account besitzt – was prinzipiell für alle Android-Nutzer gilt – kann dem kalifornischen Datenriesen Einhalt gebieten, was Werbeverhalten und Datensammlung betrifft. Erst kürzlich hat Google die dazu notwendigen Einstellungen vereinfacht und weniger versteckt. So können Nutzer jetzt zum Beispiel festlegen, dass Google fortan nicht mehr speichern und weiterverarbeiten darf, was in die Suchmaske eingegeben wird. Erschreckend: Kommt ein Fremder in den Besitz des Google-Passworts, kann dieser ganz leicht ein digitales Bewegungsprofil auf der Landkarte "Google Maps" erstellen und daran zum Beispiel ablesen, wann jemand mutmaßlich zu Hause ist und wann nicht. Anwender können aber zum Beispiel verbieten, dass ihr aktueller Aufenthaltsort gespeichert und ausgewertet wird. Wem die Mühe, Datenzugriffe einzuschränken, zu groß ist oder wer schlicht nicht versteht, was er wozu erlauben



oder verbieten soll, kann sich entweder von einem versierten Familienmitglied helfen lassen oder auf Alternativen ausweichen. Wer zum Beispiel nur eine gute Internetsuchmaschine benutzen möchte, kann zum Beispiel auf "Duck Go" oder "Startpage" ausweichen. Erstere erhebt nach eigenem Bekunden keine Nutzerdaten, Zweitere durchsucht zwar Google, verschleiert dabei aber die Herkunft der Anfrage. Wer Social Media nutzen möchte, ohne sich den großen Konzernen auszuliefern, kann sich mit seinen Lieben verabreden, gemeinsam einen anderen Dienst zu nutzen – Alternativen gibt es zuhauf, etwa "Diaspora". Auch für persönliche Nachrichtendienste wie WhatsApp gibt es Ausweichmöglichkeiten, zum Beispiel "Line" oder "Threema".

Jan Brenner

3. PC-Ratgeber für Senioren

Unter dem Titel "Wegweiser durch die digitale Welt für ältere Bürgerinnen und Bürger" hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) eine interessante Broschüre veröffentlicht, die der Generation 60+ hilfreiche Tipps gibt, wie man sich im World-Wide-Web gut zurecht findet. Unter anderem wurden folgende Themen behandelt: Internet, Virenschutz, E-Mail, Soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Medizinische Portale, Kauf im Internet, Online-Banking und vieles mehr.

Bestellen können Sie diesen Ratgeber kostenlos beim Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock. Oder Sie bestellen ihn per E-Mail unter publikationen@bundesregierung.de Sie werden sehen, es lohnt sich.

Max Schindlbeck

4. Seniorenkredite

Kredite und Ratenkäufe für Senioren wurden bis vor einigen Jahren kaum angeboten. Geldinstitute und Unternehmen scheuten das angeblich hohe Risiko der Lebensälteren, die auf mehrere Jahre angelegten Rück- oder Abzahlungen bedienen zu können. Inzwischen ändert sich – auch das ist eine Folge des demografischen Wandels – langsam der Markt. Die Angebotspalette der Banken an Krediten für die Generation 65 plus wächst. Doch Vorsicht bei verlockenden Angeboten aus dem Internet, die zumeist mit Dumpingzinsen und den Hinweisen "ohne Schufa" und "ohne Vermittlungsgebühren" werben. Solche Offerten können im Zweifel teuer werden. Wir erläutern hier, welche Kreditmöglichkeiten für Senioren bestehen, und warum ein Abschluss "mit Schufa" wesentlich günstiger ist als "ohne". Die Einschaltung der "Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung" (Schufa) macht trotz vielfacher Kritik durchaus Sinn.

Die Werbe-E-Mail, die Werner Bergmann (63) auf seinem Smartphone erhalten hat, klingt verlockend. Ein Kreditvergleichsportal wirbt für Onlinekredite, die auch für Rentner ab 0,99 Prozent "effektiven Zins" erhältlich seien. In wenigen Minuten zur Wunschfinanzierung mit Sofortzusage? Bergmann klickt auf den Button "Sofortzusage" und gibt an, 10.000 Euro für den Bereich "Wohnen" zu benötigen, und siehe da, der Effektivzins steigt sofort auf 2,79 Prozent – "ab" versteht sich. Von 0,99 Prozent ist ihm gegenüber jedenfalls nicht die Rede, aber die Kreditvergabe erfolge "schufa-neutral". Bergmann füllt den Fragebogen aus, gibt Wohnort, Familienstand, Geburtsdatum, Beschäftigungsverhältnis, Bankverbindung, Monatseinkommen, Kontonummer, Höhe der monatlichen Belastungen und noch einiges mehr ein. Und auch mit der Datenverarbeitung und der Einschaltung von Auskunftsdiensten muss er sich per grünem Häkchen einverstanden erklären, sonst geht gar nichts. Was er schließlich erhält, ist allerdings keine Sofortzusage, sondern die Empfehlung, den Kreditvertrag beim Onlinekreditunternehmen XY abzuschließen.

Von wegen Wunschkredit

Bergmann folgt dem mitgelieferten Link und erhält sofort den Hinweis, dass der effektive Jahreszins für seinen Wunschkredit über 10.000 Euro, rückzahlbar in 72 Monatsraten, 8,29 Prozent betrage. Bonität vorausgesetzt, könne gegebenenfalls die Zinsbelastung bereits bei "nur" 4,83 Prozent losgehen. Seine zuvor



gemachten Angaben waren – mit seinem Häkchen als Zustimmung – offenbar bereits an das ihm empfohlene Onlineunternehmen weitergeleitet worden, das auf seiner Homepage mit den Hinweisen "Schnelle Kredite" und "Kredit ohne Schufa" wirbt.

Bergmann klickt sich zum Vergleich durch die Angaben mehrerer anderer Onlinekreditunternehmen und kommt immer wieder zu demselben Ergebnis. Die Zinsen für seinen Wunschkredit steigen – ohne Bonitätsprüfung und Ausschluss der Schufa – locker auf deutlich über 10, gelegentlich sogar über 15 Prozent. Ob darin die Kosten für die zusätzlich verlangte Restschuldversicherung oder die Vermittlung eingeschlossen sind, lässt sich online zumeist nicht genau prüfen, obgleich solche Nebenkosten bei Effektivzins-Angaben eingeschlossen sein müssten.

Dann lieber doch mit Schufa und bei der Großbank, denn Rentner und Versorgungsempfänger verfügen, bis auf das biologische Altersrisiko, das allerdings mit steigender Lebenserwartung zunehmend geringer wird, über geregelte Einkommen, Pkw- und Immobilienbesitz oder andere Sicherheiten und kommen vor allem nicht in die Lage, ihren Job zu verlieren. Ideale Voraussetzungen also, mit Ratenzahlungen nicht in Verzug zu kommen.

Seniorenkredite gibt es (eigentlich) gar nicht, weil das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz eine Diskriminierung aufgrund des Alters verbietet, doch die meisten Banken setzen intern ein Alterslimit, ab dem eine Antragsstellung nicht mehr möglich ist. Kredite ohne Alterslimit gibt es inzwischen unter anderem bei der Targobank, EasyCredit oder Barcleycard zu Zinssätzen, die etwa zwischen drei und zwölf Prozent liegen. Die Zinshöhe ist von Faktoren abhängig, die Senioren selbst bestimmen können: Je geringer die Kreditsumme, je kürzer die Laufzeit und möglichst ein jüngerer Bürge beziehungsweise Mitantragsteller, desto niedriger liegen die Zinsen. Auch die Feststellung einer guten Bonität durch die Schufa kann zinsmindernd wirken und ist in der Regel generell Voraussetzung für eine Kreditvergabe durch die (Haus-)Bank. Schufafreie Kredite empfehlen sich nur bei sogenannten Negativeinträgen, also für säumige Zahler.

Über die Schufa selbst kursieren viele Gerüchte; sie reichen von der Datenschnüffelei bis zum Vorwurf des Datenmissbrauchs. Denn letztlich kommt in Deutschland kaum ein Geschäft zustande ohne Zustimmung zur sog. Schufa-Klausel: Banken und Wirtschaftsunternehmen lassen sich von ihren Kunden bescheinigen, dass sie deren Daten weitergeben dürfen, und im Gegenzug gibt die Schufa Auskunft über Zahlungsmoral und Verbindlichkeiten. Ohne dieses Einverständnis besteht der Generalverdacht, der Kunde komme seinen Verbindlichkeiten nur schlecht oder unzureichend nach. Die Folge: Es gibt weder ein Girokonto noch Kredite, keine Miet- oder Handyverträge, und Käufe zu "bequemen" Monatsraten sind ebenso wenig möglich wie ein Pkw-Leasing. Die Liste ließe sich fast endlos fortsetzen und erklärt die große Zahl von Firmen und Dienstleistern im Internet, die "schufafrei" – dafür allerdings wesentlich teurer – arbeiten.

Bonität vorausgesetzt

Die stets präsente Schufa ist dennoch keine Behörde, obgleich auch die Polizei, die Steuerfahndung und die Vollstreckungsbehörden auf die Daten Zugriff haben. Sie ist ein privates Wirtschaftsunternehmen, das als Aktiengesellschaft mit Sitz in Wiesbaden geführt wird. Die Holding befindet sich mehrheitlich im Besitz von Banken. Das 1927 in Berlin entstandene Unternehmen definiert sich als Wirtschaftsauskunftei, die über etwa 730 Millionen Einzeldaten von knapp 61 Millionen Menschen (das ist mehr als 3/4 der Bevölkerung in Deutschland [81 Mio]) verfügt. Gut 700 Mitarbeiter bearbeiten pro Jahr über 110 Mio Anfragen.

Die Schufa speichert unter anderem Namen, Geburtsdaten, Anschriften-(änderungen), Kredit- und Leasingverträge, Konten, Kreditkarten, Daten, die der (Versand-)Handel liefert, und auch das Zahlungsverhalten in Positiv- und Negativmerkmalen. Diese Daten erhalten beispielsweise Kreditunternehmen, um die Bonität eines Kunden festzustellen. Ferner liefert die Schufa ihren Kunden auch einen sogenannten Score-Wert, der zwischen 1 und 100 liegt. Je niedriger dieser statistische Wert ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kredit- oder Vertragsnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt beziehungsweise nicht nachkommen kann. Falsche, unvollständige oder veraltete Einträge können den Scorewert verfälschen, sodass Verträge nicht zustande kommen, obgleich "Bonität" vorhanden ist. Wie dieser Wert zustande kommt, bleibt das Geschäftsgeheimnis des Unternehmens.



Doch der Verbraucher kann sich wehren und der Schufa und anderen Auskunfteien die Score-Übermittlung an Unternehmen schriftlich untersagen. Zudem hat jede Person nach § 34 Bundesdatenschutzgesetz das Recht, einmal jährlich eine kostenlose Selbstauskunft schriftlich einzufordern. Das PDF-Formular für eine persönliche Datenübersicht kann auf der Schufa-Homepage (MeineSchufa.de) heruntergeladen werden. Allerdings muss der Kunde genau darauf achten, keine kostenpflichtige Auskunft abzurufen. Dem ausgefüllten Formular – die Felder für kostenpflichtige Auskünfte auslassen – muss eine Kopie des Personalausweises beigefügt und beides auf dem Postweg zurückgeschickt werden.

Stellen sich Einträge zur Person als nicht mehr aktuell oder falsch heraus, muss die Schufa schriftlich zur Löschung beziehungsweise Berichtigung aufgefordert werden. In der Zeit, in der das Unternehmen die Angaben prüft, dürfen die Daten nicht weitergegeben werden. Eine aussagekräftige Bonitätsauskunft ist das aber nicht, die kostet knapp 30 Euro extra – nicht viel, um auch im fortgeschrittenen Alter Vertrauen zu künftigen Geschäftspartnern aufzubauen.

Das Internet lockt mit schufafreien Sofortkrediten, doch besonders für ältere Menschen wird es "online" in der Regel richtig teuer. Eine Anfrage bei der Hausbank – Bonität vorausgesetzt – ist der bessere Weg.

Dr. Walter Schmitz

5. Neue Sicherheitsbroschüre für Senioren

Die polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes in Stuttgart hat einen neuen Ratgeber über Schutzmaßnahmen vor Kriminalität im Alltag älterer Menschen herausgebracht. Sie hat den Titel: "Sicher leben – Ratgeber für Ältere und Junggebliebene". Schwerpunktmäßig werde hier folgende Themen behandelt: Betrug, Computer-/Internetkriminalität, Diebstahl, Opferschutz, Raub/Erpressung, Zivilcourage, Enkeltrick, Gewinnversprechen, Haustürgeschäfte, Taschendiebstahl, Trickdiebstahl, Sonstiger Betrug".

Diese Broschüre kann man im Internet herunterladen unter der Adresse: www.polizei-beratung.de.

Sie können sie aber auch bestellen bei: Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle, Tauberheimstr. 85, 70372 Stuttgart, Tel. 0711 5401-2062, Fax 0711 22680-00, E-Mail: info@polizei-beratung.de

Wo Ihre nächstgelegene (Kriminal-)Polizeiliche Beratungsstelle ist, erfahren Sie auf jeder Polizeidienststelle. Darüber hinaus können Sie sich auch an die Landeskriminalämter der einzelnen Bundesländer wenden.

Max Schindlbeck

6. Telefonbetrüger

Unter der Überschrift "Angerufen und abgezockt" hat der Bayerische Rundfunk eine interessante Sendung zum Thema "Telefon-Betrüger" produziert. Hier wird berichtet, wie Call-Center-Betrüger gezielt auf ältere Menschen zugehen und sie am Telefon massiv unter Druck setzen. Diese Telefonbetrüger "drohen, den Angehörigen ihrer Opfer etwas anzutun. Dutzende Anrufe prasseln täglich auf die Senioren ein. Seit 2008 sind mehr als eine Million ältere Menschen Opfer dieser Abzocke-Masche geworden. Gerade von Call-Centern in der Türkei aus schlagen die Betrüger zu. Ein Massenphänomen, das Existenzen ruiniert und gegen das die Behörden fast machtlos sind."

Diese Sendung wurde am 13.09.2015 im Programm B5 aktuell unter der Rubrik "Funkstreifzug" ausgestrahlt und kann unter folgender Internetadresse nachgehört werden:

http://www.br-online.de/podcast/mp3-download/b5aktuell/mp3-download-podcast-funkstreifzug.shtml Sie können auch nur auf die Homepage des Bayerischen Rundfunks unter www.br.de gehen und danach im Feld "Suchen" den Begriff "Funkstreifzug" eingeben.

Max Schindlbeck

(Die vorliegenden Artikel Nr. 1, 2 und 4 sind erschienen in AiR - Aktiv im Ruhestand - in den Ausgaben 07/8-2015 und 09-2015, die Nr. 3, 5 und 6 sind selbst verfasst)

Alle Beiträge wurden nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Dennoch kann eine juristische Gewähr für die Richtigkeit dieser Angaben nicht übernommen werden. Eine Haftung in diesem Zusammenhang ist ausgeschlossen.



Studienreise für Lehrkräfte i. R. und Interessierte!

Kuba mit Möglichkeit zur Badeverlängerung Varadero

Termin 21.03. – 29.03.2016 | Osterferien | Grundreisepreis € 2.695,- pro Person Reiseveranstalter: RDB – Reisedienst Bartsch GmbH, Neichener Heide 18, 53604 Bad Honnef, Tel. 02224-989898





Historischer Charme, koloniales Flair und eindrucksvolle Natur!

"Kubas Architektur ist wie Stein gewordene kubanische Musik" – so beschreibt der kubanische Schriftsteller Alejo Carpentier die Bauwerke seines Landes. In keinem anderen Land spiegelt sich die 400 Jahre alte Geschichte so deutlich in seiner Architektur wider wie in Kuba. Vom spanischen Barock bis zu Art Déco präsentieren sich die Stilformen der Kirchen, Klöster, Herrenhäuser besonders in den Städten Havanna und Trinidad, die zum Weltkulturerbe der UNESCO zählen.

Unser Angebot beinhaltet:

- Langstreckenflüge mit CONDOR von Frankfurt/Main nach Havanna und zurück
- Flughafensteuern, Flugsicherheitsgebühren und aktuelle Kerosinzuschläge
- 7 Übernachtungen in Hotels der guten Mittelklasse in Doppelzimmern mit Dusche oder Bad/WC
- 7 x Frühstück sowie 6 x Mittagessen und 2 x "All Inclusive"
- Umfangreiches Ausflugs- und Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgelder/Nationalparkgebühren
- Touristenkarte Kuba
- Qualifizierte örtliche deutschsprachige Reiseleitung
- Insolvenzversicherung/Reisegeldgarantie
- Reiserücktrittskosten-Versicherung
- Reiseführer zur Reisevorbereitung

Weitere Informationen sowie die Reiseanmeldung erhalten Sie beim Leiter des Sozialreferates: Max Schindlbeck, Mozartstr. 9, 86470 Thannhausen

Tel. 08281-5655 | Fax: 08281-5676 | E-Mail: m.schindlbeck@vbe.de